

Den zunehmenden Einfluss der Bundeswehr auf die Schule zurückdrängen!

Brief zur Landtagswahl an die führenden 10 Listenkandidaten/innen der SPD, Bündnis 90/ Die Grünen und Die Linke



Im Oktober 2008 hat das Schulministerium des Landes NRW eine Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr abgeschlossen. Darin werden der Bundeswehr weitreichende Möglichkeiten zur Einflussnahme im Bereich der pol. Bildung / des Politikunterrichts sowie auf die Aus-, Fort- und Weiterbildung der Lehrer und Referendare eingeräumt.

Seither hat sich dagegen ein zunehmender Widerstand bei Lehrern, Schülern, Eltern sowie Gruppen der Friedensbewegung formiert. Den von Kölner Friedensaktivisten initiierten Aufruf „Die Schule der Nation ist die Schule“ haben neben Betroffenen auch zahlreiche Prominente wie Günther Wallraff und Roger Willemsen unterzeichnet. Der Hauptvorstand der Lehrgewerkschaft GEW hat im März diesen Jahres eine Erklärung beschlossen, in der er sich entschieden gegen die zunehmende Einflussnahme der Bundeswehr auf die inhaltliche Gestaltung des Unterrichts und der Lehreraus- und Fortbildung richtet. Beide Papiere liegen diesem Schreiben bei.

Auch wir als Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen in NRW lehnen die Kooperationsvereinbarung zwischen Schulministerium und der Bundeswehr eindeutig ab und fordern ihre Kündigung durch das Land. Die Bundeswehr hat in der Schule nichts zu suchen! Die Aufgabe der Schule ist es, junge Menschen zur kritischen Auseinandersetzung u.a. mit Konzepten der Außenpolitik und der Friedenssicherung zu befähigen. Dies kann nicht gelingen, wenn die Bundeswehr einseitig mit hohem personellen und finanziellen Aufwand verstärkt Einfluss auf die schulische Bildung ausübt. In einer für sie kritischen Situation versucht die Bundeswehr auf unterschiedlichsten Ebenen, ihre Akzeptanz in der Bevölkerung propagandistisch zu verbessern und gleichzeitig neue Zeit- und Berufssoldaten zu rekrutieren. Dafür darf Schule ihr im Sinne ihres Lehrauftrages kein Betätigungsfeld bieten!

Die Position der Regierungsparteien ist uns bekannt. Wir möchten daher Sie als Kandidaten der Oppositionsparteien im Landtag von NRW auffordern, uns in dieser Frage zu unterstützen! **Wir möchten Sie bitten, uns kurz ihre Stellungnahme zur Zukunft des Kooperationsvertrages und zur Rolle der Bundeswehr an Schulen zukommen zu lassen.** Wir werden diese Stellungnahme dann - möglichst versehen mit Ihrem Foto - an prominenter Stelle auf unserer Homepage einstellen, um so friedensbewegten Menschen eine Entscheidungshilfe bei ihrer Wahlentscheidung zu geben.



Logo der Kölner Initiative „Schule ohne Bundeswehr“

Wir freuen uns auf Ihre Stellungnahme und sagen Danke für Ihre Unterstützung!

Antworten:

Ute Schäfer, SPD, Listenplatz 5:

(...) Der Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule umfasst nach Art. 7 der Landesverfassung auch die Erziehung "zur Völkergemeinschaft und zur Friedensgesinnung". Die Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr spricht demgegenüber nur von "Sicherheitspolitik" und "Aufklärung und Information über sicherheitspolitische Fragestellungen". Diese Verengung des Begriffs der Friedensgesinnung auf Sicherheitspolitik greift eindeutig zu kurz, denn es kann keinem Zweifel unterliegen, dass die Jugendoffiziere der Bundeswehr die sicherheitspolitischen Aspekte aus dem Blickwinkel des Auftrags der Bundeswehr darlegen werden. (...) Eine umfassende

Friedenserziehung im Unterricht, die durchaus durch Kooperationsverträge unterstützt werden kann, muss folgende tragende Gesichtspunkte beinhalten:

1. Die Erziehung soll auf die Unzulässigkeit der Kriegsführung zum Zwecke der Eroberung, des Angriffs oder der Beherrschung sowie der Gewaltanwendung zum Zwecke der Unterdrückung hinweisen und jedermann dazu bringen, seine Verantwortung für die Erhaltung des Friedens zu erkennen und auf sich zu nehmen" (Empfehlung der UNESCO vom 19.11.1974). 2. Die alleinige Verantwortung für die Erziehung zur Friedensgesinnung muss bei den Lehrerinnen und Lehrern liegen, die ihre Schülerinnen und Schüler zu demokratischem Handeln, Kritikfähigkeit, Konfliktfähigkeit, Gewaltfreiheit und Toleranz erziehen sollen. (...) 4. Den Friedensorganisationen sind die gleichen Möglichkeiten einzuräumen, ihren Standpunkt als Experten darzulegen, wie den Jugendoffizieren der Bundeswehr. (...) 6. Der Besuch von Waffenschauen und ähnlichen Veranstaltungen sind unzulässig.

Anne Conrads, Die Linke, Listenplatz 5

(...) Für eine sogenannte Interventionsarmee wirbt die Bundeswehr massiv um Nachwuchs - je tödlicher die Kriegseinsätze werden, desto mehr, muss sie um Nachwuchs buhlen. DIE LINKE.NRW lehnt die Anwerbeversuche der Bundeswehr in Schulen, Berufskollegen und Arbeitsagenturen entschieden ab. Momentan sind Offiziere regelmäßige Gäste in Berufsorientierungswochen an Schulen; in den ARGEn warten sie auf Hartz-IV-Empfängerinnen und -Empfänger unter 25. (...) Die LINKE fordert, von Seiten der Landesregierung die Kooperationsvereinbarungen mit der Bundeswehr sofort aufzukündigen: Die Bundeswehr und ihre Rekrutierungskommandos haben in Schulen und Ämtern genauso wenig verloren wie auf unseren Straßen und Plätzen. VertreterInnen aus Friedens-, Entwicklungs- und Abrüstungsorganisationen/-initiativen sollten den Unterricht mit der Vermittlung friedenspädagogischer Konzepte bereichern. DIE LINKE.NRW fordert neben einer Schule für Alle, die niemanden auf der Strecke lässt auch mehr Ausbildungsplätze (u.a. durch Ausbildungsumlage und Ausbau der Ausbildung im öffentlichen Dienst uvm.) Zwangslagen junger Menschen dürfen nicht für militärische Rekrutierungspolitik ausgenutzt werden. (...)

Sylvia Löhrmann, Bündnis 90 / Die Grünen, Listenplatz 1

Die Kooperationsvereinbarung von Bundeswehr und Schulministerium sichert der Bundeswehr einen zunehmenden Einfluss auf die Politische Bildung der Schülerinnen und Schüler sowie die Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte. Dies lehnen wir ab. Die Politische Bildung muss in der Hand von ausgebildeten pädagogischen Fachkräften bleiben. Wir schließen uns der Forderung der GEW an, dass entsprechende Passagen der Kooperationsvereinbarung gekündigt werden müssen. (...) Keine Lehrkraft und keine Schülerin und kein Schüler dürfen aus unserer Sicht zum Besuch von Veranstaltungen der Bundeswehr gezwungen werden. Waffenschauen oder ähnliche Veranstaltungen auf dem Schulgelände sind keinesfalls vertretbar. (...)

**Diese und weitere Stellungnahmen finden Sie vollständig
auf unserer Homepage www.nrw.dfg-vk.de**

Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen NRW

Braunschweiger Str. 22, 44145 Dortmund

Tel: 0231/818032

E-Mail: dfg-vk.nrw@t-online

www.nrw.dfg-vk.de